

aktuell



Fukushima:

**Jetzt Aufstehen
für Atom-Aus!**

Die Katastrophe von Fukushima ist ein Handlungsauftrag an die Politik. Wer jetzt noch glaubt, dass es saubere Atomenergie gibt, ist bildlich gesprochen mit Blindheit geschlagen. Ein AKW-Unfall dieser Dimension bedeutet unter anderem für Jahrtausende verseuchtes Gebiet. Bei jeder neuen AKW-Inbetriebnahme geht es um viele Generationen, für die diese Risiko-Entscheidung getroffen wird. Wegschauen ist unverantwortlich, hoch gefährlich und grob fahrlässig. Bundeskanzler Werner Faymann und die SPÖ nehmen ihre Verantwortung wahr und fordern den EU-weiten Atomausstieg. Mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel wurde bereits ein starker Verbündeter gefunden: Gemeinsam starten Faymann und Gabriel eine Initiative zum Ausstieg Europas aus der Atomkraft.

Die ÖVP befindet sich dagegen im Lobby-Gate. Nach dem System Grassler und dem Strasser-Desaster kommen weitere Schwarze ins Gerede. Allen voran der Atom-Lobbyist und Ex-Kanzler Schüssel.

Eure Redaktion

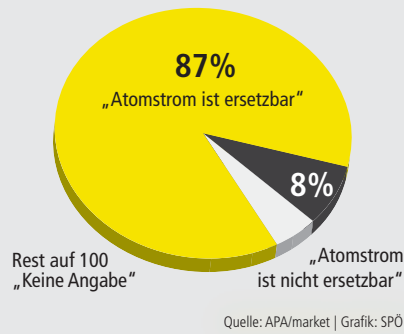


Ein Gastkommentar von Christiane Spiel, Barbara Schober und Monika Finsterwald zu Geschlechterstereotypen in der Schule mit dem Titel: „Reflexive Koedukation statt Monoedukation“ und Aktuelles zum „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs Bildung Seite 14

THEMEN DER WOCHE

Energiewende kann gelingen

Alternative zur Atomstrom?



Energiewende kann gelingen

Für die österreichische Bevölkerung ist klar: Es gibt Alternativen zur Nuklearenergie, der Umstieg Europas auf nachhaltige Energieformen kann gelingen. In einer „market“-Umfrage sagt eine klare Mehrheit von 87 Prozent, dass Atomstrom ersetzbar ist. ♦

Lehmann



Kulturministerin Claudia Schmied ist eine verlässliche Partnerin für den heimischen Film.

Gute Bedingungen für Filmschaffende

Derzeit läuft gerade die „Diagonale“ – eine der wichtigsten Plattformen für den österreichischen Film. Kulturministerin Claudia Schmied betont aus diesem Anlass, dass „von den neuen Filmen, die heuer bei der Diagonale gezeigt werden, 35 von meinem Ressort mitfinanziert wurden“. ♦



Fotolia

www.kostenfallen.at bietet nützliche Tipps rund um die Nutzung des Internets mit dem Smart Phone.

Kostenfalle Smart Phone

Mit Smart Phones wird auch das mobile Internet für breite Bevölkerungsgruppen nutzbar. Dabei können aber hohe Kosten entstehen, wenn der Verbrauch nicht genau im Auge behalten wird. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) bietet im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz auf der Homepage www.kostenfallen.at nützliche Informationen rund um die Kosten der mobilen Internetnutzung und Tipps zum Umgang mit überhöhten Rechnungen. Es besteht auch die Möglichkeit, Erfahrungen mit dem mobilen Internet durch einen Onlinefragebogen mitzuteilen. Weitere Informationen und nützliche Tipps gibt es auch zu Datenroaming und irreführender Werbung. „Wir möchten mit dieser Aktion des VKI Konsumentinnen und Konsumenten sensibilisieren, um überraschend hohen Rechnungen im Zusammenhang mit der Internetnutzung entgegenzuwirken“, so Konsumentenschutzminister Rudolf Hundstorfer. ♦

Zitat der Woche

„Die Bürger Europas sollen entscheiden und nicht die Atomlobbyisten aus den Konzernen und den Regierungen.“

SPD-Chef Sigmar Gabriel

Generika: Gleiche Qualität, weniger Kosten

Gesundheitsminister Alois Stöger will mehr Einsatz von Generika am Medikamentenmarkt. Damit können – bei gleicher Qualität – Kosten im Gesundheitssystem gespart werden.

Generika sind geprüfte und qualitativ hochwertige Medikamente, die die gleichen Wirkstoffe wie das originäre Arzneimittel haben, also ein „Nachbau“. Die Originale sind meistens unter einem Markennamen erhältlich und aufgrund der Forschungs- und Werbekosten auch deutlich teurer. Generika dürfen nach Ablauf der Patentschutzfrist auf den Markt gebracht werden. Alois Stöger will nun den Einsatz von Generika am Arzneimittelmarkt forcieren. Zum einen, weil sie die Kosten für das Ge-

sundheitssystem senken. So verschreiben auch die Ärzte mittlerweile mehr Generika, was für 2010 schon Einsparungen von rund 300 Mio. Euro bringen könnte.

Generika sind zum anderen aber auch innovationsfördernd, so Stöger: „Die Pharmaindustrie wird durch Generika dazu angehalten, weiter zu forschen und neue Arzneimittel zu entwickeln.“ ♦

Gesundheitsminister Stöger: „Es ist unsere Aufgabe, Medikamente kostengünstig für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.“



Grebe



STANDPUNKT

Aufstehen gegen die Atomlobby

In Europa regieren derzeit mehrheitlich Konservative, die Sozialdemokraten sind EU-weit in den meisten Ländern ebenso in Opposition wie die Gegner der Atomkraft. Wie sich am Beispiel der Atomlobby zeigt, braucht es innerhalb der EU neue demokratische Instrumente, damit nicht noch mehr am Volk vorbei entschieden wird.

„Nur Bürgerbewegungen, die mit ihrem Wahlrecht, ihrem Konsumverhalten oder anderen demokratischen Mitteln gemeinsam aufstehen und organisiert drohen, sind so mächtig wie große Industrien und ihre Lobbys.“

Ex-Kanzler Wolfgang Schäuble ist Aufsichtsratsmitglied eines Energiekonzerns namens RWE. Dieses Unternehmen machte u.a. mit der Gewinnung von Strom aus Atomkraft im Vorjahr mehr als 53 Milliarden Euro Umsatz – mehr als das BIP von Slowenien oder Bulgarien. Solch riesigen Unternehmen auf Augenhöhe gegenüberzutreten und sich durchzusetzen funktioniert nur, wenn die Politik die Bevölkerung hinter sich weiß.

Politik funktioniert nicht mehr wie vor 30 Jahren. Die Rahmenbedingungen haben sich seit der Zeit, als Österreich noch nicht EU-Mitglied war, grundlegend geändert. Die Schere der Macht ist auseinandergegangen, das Demokratiegefüge hat sich dadurch verschoben. Die Macht der Industrielobbys hat weiter zugenommen. Der Energiekonzern RWE hat heute im Vergleich zu früher noch mehr Einfluss als der einzelne Bürger. Aus diesem Grund muss die Politik heute anders reagieren als noch vor drei Jahrzehnten, will sie nicht handlungsunfähig werden.

Für die SPÖ und ihr Ziel des europaweiten Ausstiegs aus der Atomenergie bedeutet das: Wir müssen uns ein wenig wie eine NGO verhalten, ein wenig wie ein Journalist, ein wenig wie eine Bürgerinitiative und natürlich wie eine klassische Partei. Wir müssen gleichzeitig gegenüber der EU-Kommission Druck machen, Verbündete in Europa suchen und die Menschen mobilisieren – ansonsten sind wir machtlos.

Nur Bürgerbewegungen, die mit ihrem Wahlrecht, ihrem Konsumverhalten oder anderen demokratischen Mitteln gemeinsam aufstehen und organisiert drohen, sind so mächtig wie große Industrien und ihre Lobbys.

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch sieht unsere westlichen Gesellschaften in der „Postdemokratie“. Er definiert diese als „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben“.

Auf die aktuelle Debatte umgelegt heißt das, dass die Politik versucht, die Bevölkerung hinter sich zu bringen, um den Atomausstieg erzwingen zu können. Mehrheiten zu beschaffen, hat nichts mit Populismus oder Feigheit zu tun, nein: Moderne Politik trifft eine Entscheidung und beginnt dann zu mobilisieren, um Druck aufzubauen und die Entscheidung umzusetzen – weil auf anderem Weg keine Mehrheit möglich ist. Deshalb brauchen wir eine europaweite Bürgerbewegung, die mit uns für den europaweiten Atomausstieg kämpft.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, die Lobby der Hochfinanz. Aus der Weltwirtschaftskrise wurden nicht die richtigen Konsequenzen gezogen. Es wird weiter gegen ganze Länder und ihre Währungen spekuliert, entsprechend abhängig sind diese Nationen von den Spekulanten. Diese wiederum sorgen dafür, dass ihrer Macht keine Schranken gesetzt werden. Große Banken besitzen in der Regel auch große Tageszeitungen, die Stimmung für dieses System machen.

picturedesk



Die SPÖ kämpft Seite an Seite mit der Bevölkerung für den Atom-Ausstieg.

Wie wir in Österreich unter Beweis gestellt haben, kann man sich sehr wohl gegen dieses System stellen. Am Beispiel Bankenabgabe hat die SPÖ gezeigt, dass wir die Bevölkerung zuerst für das Thema sensibilisierten und dann mobilisierten, um danach Druck aufzubauen. Schließlich musste der Koalitionspartner ÖVP auf unsere Linie umschwenken und die Bankenabgabe mitbeschließen.

Auf europäischer Ebene ist das noch viel schwieriger. Dennoch ist es machbar. Die Mehrheit der Slowenen etwa will längst keine Atomenergie mehr. Die schrecklichen Bilder der Reaktorkatastrophe in Japan hat die Zahl der Atomkraftgegner in unserem Nachbarland sicher noch erhöht. Nicht nur die slowenische Politik wird die Zeichen erkennen und sich entscheiden müssen – zwischen Volkszorn oder Kapitalinteressen – ob sie wiedergewählt werden oder sich mit der Atomlobby anlegen will. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



ENERGIEWENDE

Konsequent für ein

Unter dem Eindruck der Katastrophe von Japan verstärkt die SPÖ-geführte Bundesregierung ihr Engagement für einen europaweiten Atomausstieg. Der jüngst beschlossene Aktionsplan „Raus aus Atom“ ist das in Worte gegossene Bekenntnis dazu.



picturedesk

Atomkraft ist nicht beherrschbar. Ziel muss daher der endgültige Atomausstieg Europas sein.

Seit Jahrzehnten nimmt Österreich mit seiner Energiepolitik eine Sonderrolle in Europa ein. Durch den konsequenten Verzicht, Atomkraftwerke zu betreiben und Kernenergie zu erzeugen hat man sich eine Vorreiterrolle in Sachen erneuerbare und nachhaltige Energiequellen erarbeitet. Gerade jetzt, wo es darum geht, die notwendigen Konsequenzen aus der Katastrophe im japanischen AKW Fukushima für Europa zu ziehen, kann sich diese Sonderstellung und die damit verbundene Glaubwürdigkeit bezahlt machen. Das erklärte Ziel der österreichischen Bundesregierung ist klar:

Es braucht einen europaweiten Atomausstieg, vor allem unter dem Gesichtspunkt, die Sicherheit der Österreichischen Bevölkerung zu gewährleisten.

Geeint gegen Kernenergie

In einer Erklärung vor dem Nationalrat betonte Bundeskanzler Werner Faymann: „Unsere Aufgabe ist es jetzt, Energieeffizienz und erneuerbare Energien voranzutreiben und zu stärken, die Atomkraft zurückzudrängen und auf lange Sicht zu beseitigen.“ Angesichts der Katastrophe in Japan wäre es absurd, so der Kanzler, zur

„Unsere Aufgabe ist es, die Atomenergie zurückzudrängen und auf lange Sicht zu beseitigen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Tagesordnung überzugehen. Auch der im Ministerrat beschlossene Aktionsplan „Raus aus Atom“ (siehe Kasten), in dem sich die Regierung „gegen jede Form der Förderung von Kernenergie und den Bau neuer AKW“ ausspricht, unterstreicht diese Haltung.

atomfreies Europa

INFO

Auf einen Blick: Anti-Atom-Aktionsplan

Mit dem gemeinsamen Aktionsplan „Raus aus Atom“ hat die österreichische Bundesregierung die Voraussetzung für ein geschlossenes und schlagkräftiges Auftreten auf europäischer und internationaler Ebene geschaffen. Die wesentlichsten Ziele sind der Ausstieg aus Atomenergie und verbindliche Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke.

Die wichtigsten Punkte in Kürze:

- ▶ Stresstests aller europäischen Kernkraftwerke nach einheitlichen Standards mit klaren Konsequenzen (Nachrüstung, Schließung)
- ▶ Neuorientierung des Euratom-Forschungsprogramms hin zum Schutz der Bevölkerung, zur Stilllegung von AKW und zur Endlagerung von Atommüll
- ▶ Auftreten gegen Förderung von Kernenergie und gegen den Bau neuer AKW
- ▶ Vorbehalt rechtlicher und politischer Maßnahmen gegen grenznahe AKW
- ▶ Kooperation mit anderen atom-kritischen Staaten in Europa für einen Atomausstieg
- ▶ Verstärkter Ausbau erneuerbarer Energien und consequente Steigerung der Energieeffizienz

INTERVIEW

„Mit der Bevölkerung für einen Atomausstieg kämpfen“

Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann im Gespräch mit „SPÖ Aktuell“ über einen europäischen Atomausstieg und Österreichs Konsequenzen aus der Katastrophe in Japan.

SPÖ Aktuell: Die Katastrophe rund um das japanische AKW Fukushima hat eine Diskussion über Atomenergie ins Rollen gebracht. Welche konkreten Konsequenzen zieht Österreich?

Werner Faymann: In Österreich ist seit 1978, seit der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf, die Position zu Atomkraft klar festgelegt. Unsere consequente Ablehnung von Kernenergie verschafft uns jetzt besondere Glaubwürdigkeit. Die werden wir nun auf europäischer Ebene einsetzen, um uns für einen Atomausstieg stark zu machen.

Sehen Sie in dieser Frage Erfolgschancen? Immerhin ist Atomkraft ein enormer Wirtschaftsfaktor.

Faymann: Die Chance auf den Atomkraftausstieg war noch nie so gut wie jetzt. Die schrecklichen Bilder aus Japan haben die Menschen wacherüttelt. Die von der Atomlobby in die Welt gesetzte Geschichte von der sicheren Kernenergie wurde als das enttarnt, was sie ist: als glatte Lüge. Jetzt gilt es, die europäische Bevölkerung für einen Atomausstieg zu mobilisieren. In Deutschland zum Beispiel bewegt sich derzeit vieles, die Atomlobby verliert Einfluss auf die Regierung und das ist gut so. Und die Meinung der SPD hat Sigmar Gabriel sowieso



Bundeskanzler Werner Faymann tritt vehement gegen die Lüge von der „sicheren Atomenergie“ auf.

ganz klar gemacht, wir bereiten eine gemeinsame Initiative vor und wollen auch NGOs und andere Parteien an Bord holen.

Und auf österreichischer Ebene, welche Schritte werden hier gesetzt?

Faymann: Die Bundesregierung hat jetzt einen Anti-Atomenergie-Aktionsplan beschlossen, der neben dem entschiedenen Auftreten gegen Kernenergie in Europa – wir wollen alle rechtlichen Mittel ausschöpfen – auch eine verstärkte Hinwendung zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz enthält. Wir sind auch für die Umorientierung des Euratom-Vertrags hin zu einem Vertrag über Sicherheitsstandards und Atomausstieg. ♦

Die Lügen der Atomlobby

Dass es auch Widerstand gegen einen Atomausstieg geben wird, liegt auf der Hand. Die international agierende Atomlobby hat handfeste wirtschaftliche Interessen, die sie verteidigen will. Bundeskanzler Faymann hat es sich zum Ziel gesetzt, die Lügen dieser Lobbyisten zu ent-

tarnen und ihnen entgegenzutreten. Vor allem die Mär von der „sicheren Atomkraft“ sei eine „glatte Lüge“, betonte Faymann. Auch die angeblich niedrigen Kosten von Atomstrom gelte es, kritisch zu hinterfragen. „Es geht darum, die wahren Kosten aufzuzeigen, die Kosten für Haftungen und langfristige Risiken“, so Faymann. Die wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen

die Atomlobby sind die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Daher arbeitet die SPÖ auch gemeinsam mit der SPD an einer europaweiten Initiative zum Thema. „Jetzt gilt es, eine gemeinsame Bürgerbewegung zu starten. Nur wenn wir gemeinsam gegen die Atomlobby kämpfen, werden wir etwas erreichen“, betonte SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. ♦

BILDUNG

Qualitätsschub für unsere Schulen

INFO

Das Schulreformpaket

Insgesamt neun Punkte der Schulreform sind voll auf Schiene. Bereits beschlossen wurden:

- » Novelle des Landeslehrer-Dienstrechts: Mitverwendung von Landeslehrern für Unterricht an Bundesschulen, betrifft auch den Unterricht an Neuen Mittelschulen
- » neue Schulaufsicht: Schulinspektoren werden zu „regionalen Qualitätsmanagern“
- » Stärkung der Schulleiterprofile: Direktoren sollen zu Qualitäts- und Personalmanagern werden.

Sechs weitere Reformen wurden fixiert:

- » Ausbau der Neuen Mittelschule: Bis 2016 sollen alle Hauptschulen als Neue Mittelschulen geführt werden
- » Ganztagschulen-Ausbau: Dafür stehen bis 2014 320 Mio. Euro zur Verfügung
- » neue Oberstufe/Kurssystem: Ab 2012 wird das Sitzenbleiben durch die Einführung eines Kurssystems weitgehend abgeschafft
- » Erweiterung der Integration von Schülern mit erhöhtem Förderbedarf nach der achten Schulstufe
- » mehr Mitbestimmung der Schulpartner
- » Attraktivierung der Polytechnischen Schule

Die Bildungsreform geht im „Jahr der Bildung“ mit Hochdruck weiter: Bis zum Sommer plant die Regierung neun Projekte für eine bessere Schule.



Das große Reformpaket bringt eine spürbare Qualitätssteigerung und beste Bildung für unsere Kinder.

Bildungsministerin Claudia Schmied hat – in Abstimmung mit ÖVP-Verhandler Amon – im Ministerrat ein „Paket für höchste Bildungsqualität“ vorgelegt. Das 9-Punkte-Reformpaket umfasst u.a. den Ausbau der Neuen Mittelschule und der Ganztagschulen. Fix ist auch der Fahrplan für die Umsetzung der Reformen. Drei Gesetzesvorlagen (z.B. neue Schulaufsicht) wurden bereits vom

Ministerrat beschlossen, sechs weitere Punkte (z.B. weitgehende Abschaffung des Sitzenbleibens) wurden von der Regierung vereinbart (siehe Info-Box). Ministerin Schmied unterstreicht: „Die Schülerinnen und Schüler sollen die bestmögliche Bildung erhalten, die Lehrenden optimale Voraussetzungen für moderne Pädagogik und die Schule selbst wird durch ein zukunftsweises Qualitätsmanagement aufgewertet.“ Bis zum Sommer sollen die einzelnen Reformmaßnahmen beschlossen werden. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer begrüßt das Reformpaket: „Damit kommt mehr Qualität und Modernität in unsere Schulen.“ ♦

WEBTIPP

Weitere Infos gibt es unter www.bmukk.gv.at/ministerium/vp/20110322.xml

LIBYEN

Widerstand darf nicht scheitern

Um die Flugverbotszone in Libyen zu sichern, wird militärische Infrastruktur ausgeschaltet. Das gibt dem innerlibyschen Widerstand Auftrieb, was von enormer Bedeutung für die gesamte Region ist.

Die vor kurzem vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Resolution, die unter anderem ein Flugverbot über Libyen und dessen Durchsetzung „mit allen erforderlichen Mitteln“ festschreibt, wird immer wieder von Gaddafi missachtet und von ihm sogar für ungültig erklärt. Das Flugverbot soll die Zivilbevölkerung vor Luftangriffen der Truppen des libyschen Machthabers schützen. Um das Flugverbot durchzusetzen, greifen die USA, Frankreich und Großbritannien Gaddafis Flugplätze, Waffendepots und Fahrzeuge an. In weite-

rer Folge soll auch die NATO eine Führungsrolle beim Militäreinsatz einnehmen und etwa Schiffe, die Waffen oder Söldner für Gaddafi an Bord haben, stoppen. Der Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Hannes Swoboda macht klar: „Der Widerstand gegen das Gaddafi-Regime darf nicht scheitern. Das hätte nicht nur für die Menschen in Libyen selbst eine katastrophale Auswirkung, sondern könnte auch für die anderen Länder der Region einen Rückschlag bedeuten.“ ♦

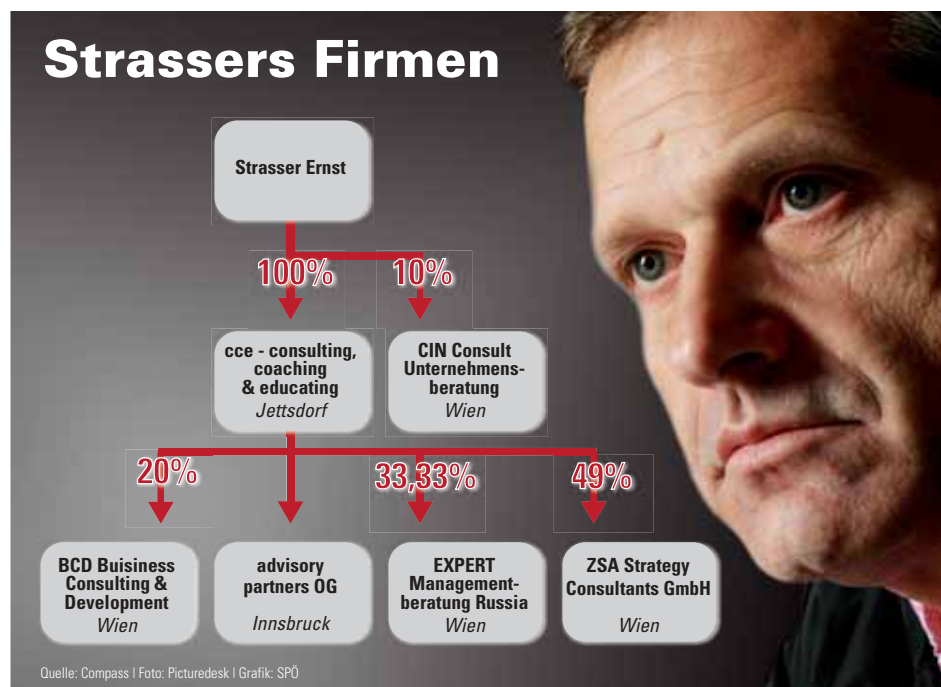


Die Aufständischen-Hochburg Benghazi ist immer wieder Ziel von Luftangriffen Gaddafis.

KORRUPTIONSVERDACHT

Der schwarze Lobbying-Sumpf

Die Causa Strasser offenbart ein Sittenbild, dem schärfstens entgegenzutreten ist. Ungereimtheiten, die dringend aufgeklärt werden müssen, zumindest aber eine politisch bedenkliche Optik gibt es auch in anderen VP-Fällen.



Ein dichtes Firmengeflecht ist die Basis der Lobbying-Tätigkeit Strassers. Das Zentrum bildet die cce-consulting. Diese Beratungsfirma hat Anteile an weiteren Unternehmen.

EU-Mandat, VP-Parteimitgliedschaft, ÖAAB-Mitgliedschaft, die Präsidentschaft des NÖ Hilfswerks: Alles weg, beziehungsweise „ruhend gestellt“. Der Lobbyist Strasser, der beharrlich behauptet, lediglich detektivisch tätig gewesen zu sein und nur deshalb auf entlarvende Weise das Angebot der Scheinlobbyisten von der „Sunday Times“ angenommen zu haben, ist wohl für alle Zeiten untergegangen. Der Korruptionsstaatsanwalt in Wien wartet noch auf die Aufhebung von Strassers Immunität, die EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF ermittelt bereits.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter legt dar, dass er noch vor dem Einzug Strassers in das EU-Parlament ein Dutzend Beteiligungen und Lobbying-Mandate Strassers dokumentiert hat. Das hinderte die VP freilich nicht daran, Strasser trotzdem zum Delegationsleiter zu machen.

Wie „sauber“ sind manche VPler?

Es drängen sich nun vermehrt Zweifel auf, ob gewisse VP-Kreise die Sauberkeit in der

Politik tatsächlich so hoch halten, wie dies sein sollte. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter stellt fest: „Das System Strasser gleicht dem System Grasser wie ein faules Ei dem anderen.“ Nicht zu vergessen ist, dass Grasser Fast-Parteiohmann der VP war – eine Erfindung von Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel. Diesem bläst nun ebenfalls scharfer Anti-Lobbying-Gegenwind ins Gesicht. Beim deutschen Atomstromerzeuger RWE sitzt der Nationalratsabgeordnete im Aufsichtsrat. SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann meint dazu distanzierend: „Jeder muss mit seinem Gewissen verantworten, welche Tätigkeit er ausübt.“ SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas richtete an Schüssel den dringenden Appell, aus dem Aufsichtsrat des Atomkonzerns RWE auszusteigen.

Interessant auch, wen die ÖVP als Nachfolger Strassers für das EU-Parlament nachnominiert hat: Einen Lobbyisten! Hubert Pirker warb noch vor wenigen Tagen auf seiner Homepage: „EU-Triconsult ist die einzige Agentur, die direkte Zugänge und persönliche Kontakte zu den Entscheidungsgebern und Gesetzgebern ermög-

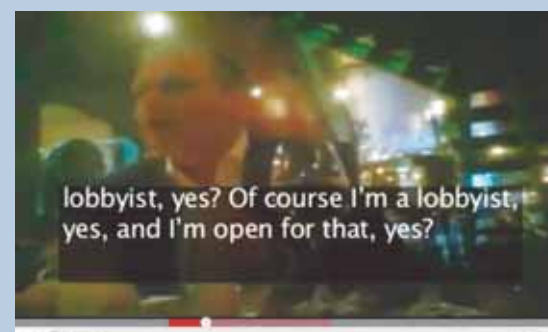
„Die Parallelen zum System Grasser sind unverkennbar.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

licht.“ Pirker warb mit „Wissensvorsprung“ und „rechtzeitiger Einflussnahme“.

Schwere Vorwürfe gibt es auch gegen die VP-EU-Abgeordnete Hella Ranner. Derzeit wird von der Staatsanwaltschaft wegen schweren gewerbsmäßigen Betrugs und Veruntreuung von Firmengeldern ermittelt. Auch wenn in allen Fällen die Unschuldsumsetzung gilt, stellt Kräuter fest: „In den letzten Wochen und Monaten ist das Ansehen der Politik auf das Schwerste beschädigt worden. Grasser, Strasser, Scheuch und Co haben politisch, moralisch und charakterlich in unfassbarem Ausmaß versagt.“

INFO



Strassers Bekenntnis zum Lobbyismus wurde von den Reportern in Bild und Ton festgehalten.

Die Videofalle

Scheinlobbyisten, tatsächlich zwei Reporter der „Sunday Times“, stellten mehreren EU-Abgeordneten, darunter dem jetzt zurückgetretenen VP-Abgeordneten Ernst Strasser, eine Falle. 100.000 Euro und weitere Vergünstigungen wurden dafür geboten, dass der Abgeordnete ein EU-Gesetz entsprechend ihren Wünschen abändert. Video unter: <http://bit.ly/gCXJ4f>.

SONDERSITZUNG

Atomenergie darf keine Zukunft haben

Der Nationalrat befasste sich in einer eigens einberufenen Sondersitzung mit den Konsequenzen aus der Katastrophe im japanischen AKW Fukushima. Die SPÖ-Abgeordneten bekräftigten dabei die atomkritische Linie Österreichs.

Ranz



SPÖ-Klubobmann Josef Cap hält den Übergang in eine atomkraftfreie Zeit für notwendig.

„Wenn bei einem AKW rauskommt, dass es Schrott ist und eine Gefährdung darstellt, muss es abgeschaltet werden.“

SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian

Atomenergie ist nicht beherrschbar, sie verzeiht keine Fehler. Sie ist aus ökonomischen, sicherheitspolitischen und moralischen Gründen abzulehnen“, machte SPÖ-Klubobmann Josef Cap in seinem Statement vor dem Nationalrat klar. Er sprach sich für einen sozial verträglichen Übergang in eine atomkraftfreie Zeit aus. „Für einen Ausstieg sind vor allem die Förderung von alternativen Energiequellen, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit von besonderer Bedeutung“, so Cap. Ins selbe Horn stößt auch SPÖ-Energiesprecher Wolfgang Katzian: „Atomenergie darf nicht die Zukunft der europäischen Energiepolitik sein.“

Mehr Effizienz

Auch Katzian fordert verstärkte Bemühungen in Sachen Energieeffizienz. Sie ist „das größte Kraftwerk, das wir haben“. Es braucht daher ein Energieeffizienzgesetz und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien.

Stresstests mit Konsequenzen

Auch bei den bevorstehenden Stresstests für europäische Atomkraftwerke (AKW) sind sich Cap und Katzian einig. Sie müssen verbindlich und nach klar ausformulierten, einheitlichen Kriterien ablaufen. Dass man aus den Testergebnissen die nötigen Konsequenzen ziehen muss, ist für Katzian selbstverständlich: „Wenn bei einem AKW rauskommt, dass es Schrott ist und eine Gefährdung darstellt, muss es abgeschaltet werden.“ ♦

SICHERHEIT

Keine Schließungen von Polizeiinspektionen

Die SPÖ ist gegen die Zusammenlegung oder Schließung von Wiener Polizeiinspektionen, wie es der Rechnungshof empfohlen hat.

SPÖ-Abgeordnete Ruth Becher spricht sich im Rahmen des Rechnungshofausschusses, in welcher der Bericht über die Außendienstpräsenz der Wiener Polizei diskutiert wurde, gegen neue Einsparungen im Sicherheitsbereich aus. „Eine Reduktion der Polizeidienststellen wäre für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger absolut nicht vertretbar“. Viel wichtiger ist es, dass die Polizisten in den „Grätzeln“ direkt vor Ort bei der Bevölkerung für ein positives Sicherheitsgefühl sorgen.

Da wären sogenannte „Großraum- bzw. Zentralinspektionen“ der völlig fal-

sche Ansatz und würden unserem Ziel nach mehr Bürgernähe und Serviceorientiertheit entgegenstehen. „Die Wiener Polizisten leisten trotz verfehlter Reformen und Einsparungen in der Vergangenheit großartige Arbeit“, bekräftigt Becher.

Die SPÖ-Abgeordnete gibt außerdem zu bedenken, dass etwa die Donaustadt, die ein Viertel der Fläche Wiens einnimmt, im Vergleich zur Wiener Innenstadt mit neun Polizeiinspektionen, nur sieben Polizeistationen hat. Schließungen dort würden sich stark auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auswirken. ♦



Bilderbox

Die Polizei muss vor Ort für ein positives Sicherheitsgefühl sorgen.



VORRATSDATEN

Enge Schranken für Datensammler

Experten kritisierten im Justizausschuss die von den ÖVP-Ministerinnen Bandion-Ortner und Fekter verantworteten Begleitgesetznovellen zur Vorratsdatenspeicherung. Bis zur parlamentarischen Beschlussfassung sollen die Gesetzesvorlagen überarbeitet werden.

Beim Expertenhearing gab es viel Kritik an den Novellen zur Strafprozessordnung (StPO) und zum Sicherheitspolizeigesetz (SPG), die Teil des Gesetzesentwurfs zur Vorratsdatenspeicherung sind. Außer dem Experten der ÖVP sahen alle Fachleute erhebliche Mängel in der Begleitgesetzgebung, für die Innenministerin Fekter und Justizministerin Bandion-Ortner verantwortlich sind.

Im Sinne der Grundrechte nachverhandeln

„Im Sinne der Grundrechte müssen einige Bestimmungen noch genau geprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden“, er-



Die SPÖ wird in Sachen Vorratsdatenspeicherung weiter für die maximale Wahrung der Grundrechte eintreten.

klärt SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. Um den von der EU vorgegebenen Zeitplan für die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung in Österreich einhalten zu können – und hohe Geldstrafen zu verhindern –, hat die SPÖ den Änderungen im StPO und SPG im Ausschuss zugestimmt. Bis zur Beschlussfassung im Parlamentsplen Ende April muss aber noch nachgeschärft werden. SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl betont, dass es notwendig sei, über die Gesetzesvorlage zur Vorratsdatenspeicherung noch weiter zu verhandeln, um die größtmögliche Sicherung der Grundrechte zu gewährleisten. „Wir werden ausführlich und konsequent mit dem Koalitionspartner diskutieren“, so Pendl. ♦

RECHNUNGSHOF

Mangel-Haft

SP-Abgeordneter Schickhofer kritisiert grobe Mängel im Maßnahmenvollzug für geistig abnorme Rechtsbrecher und empfiehlt die Umsetzung der Rechnungshofempfehlungen.

Der Rechnungshof stellte fest, dass Qualitätsstandards, verbindliche Betreuungskonzepte und eine klare Strategie im Bereich des Maßnahmenvollzuges fehlen. Neben den organisatorischen Mängeln, ineffizienten Strukturen und den explodierenden Kosten braucht es oft Jahre, bis geistig abnorme Rechtsbrecher erstbegutachtet werden und so eine zielgerichtete Therapie umgesetzt werden kann,

so Schickhofer, der auch Mitglied im Rechnungshofausschuss ist. Hier besteht unmittelbarer Handlungsbedarf, denn mit einer raschen Umsetzung könnten Mehrkosten von mehreren Millionen Euro im Jahr verhindert werden. ♦

SPÖ-Abgeordneter Michael Schickhofer plädiert für eine rasche Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes.



SPÖ Steiermark

FRAUEN

Bizarres ÖVP-Frauenbild

Ein bedenkliches Video der Tiroler ÖVP-Frauen sorgt für Empörung. SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm kritisiert das Festhalten an völlig veralteten Rollenklischees.

Geht es nach den Tiroler ÖVP-Frauen, ist der Tag der „Superwoman“ lang und voller Macho-Klischees. Eine „Superwoman“ ist Organisatorin, Karrierefrau, Lehrerin für ihre Kinder, Putzfrau, Köchin und Gepäckträgerin – egal, welches Familienmitglied Bedürfnisse hat, sie erfüllt sie selbstlos. Negativer Höhepunkt des Videos ist „Die Erotische“. Dort verpasst die halbnackte „Superwoman“ ihrem im Bett liegenden, biertrinkenden Mann eine Fußmassage „Dieses Video der Tiroler ÖVP-Frauen ist gründlich ‚nach hinten los gegangen‘. Ich bin überzeugt, dass auch viele Männer nichts mehr mit derart antiquierten Rollenbildern zu tun haben wollen“, betont SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. ♦

Fürsorgliche Mutter, begeisterte Köchin, penible Putzfrau und erotische Gespielin – das bizarre Frauenbild der Tiroler ÖVP-Frauen.



youtube.com



Der Rechtsreformer

In den siebziger Jahren wurden grundlegende Reformen im Straf- und Familienrecht umgesetzt. Untrennbar mit der Justizpolitik der Ära Kreisky verbunden ist Christian Broda, der dieser Tage 95 Jahre alt geworden wäre.

„Ich habe in meiner fast 40-jährigen Tätigkeit im Parlament nie erlebt, dass ein legislatives Projekt so langfristig, umsichtig, engagiert und sorgfältig vorbereitet und erarbeitet wurde wie diese Strafrechtsreform.“

Bundespräsident Heinz Fischer zu Brodas Strafrechtsreform

Bruno Kreisky und Christian Broda waren einander bereits in jungen Jahren bekannt. Allerdings wandte sich Broda (geb. am 12. März 1916), der zuerst Mitglied der Vereinigung sozialisti-

Justizminister im dritten Kabinett von Julius Raab. Im selben Regierungsteam befand sich auch Bruno Kreisky, seit 1959 Außenminister. Beide blieben bis 1966 Regierungsmitglieder und waren, wie schon davor, auch während der SPÖ-Opposition Abgeordnete zum Nationalrat. Eines der größten politischen Ziele Brodas wurde in dieser Zeit umgesetzt, und zwar die Aufhebung der Todesstrafe 1968.

In der SPÖ-Alleinregierung ab 1970 erhielt Broda, obwohl er Kreisky bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 1967 nicht unterstützt hatte, neuerlich die Leitung des Justiz-Ressorts. Das bereits getrübt Verhältnis zwischen Kreisky und Broda sollte sich dadurch, dass der

picturedesk



Christian Broda, Bruno Kreiskys Justizminister, steht für bahnbrechende Familienrechtsreformen und ein neues Strafgesetzbuch.

scher Mittelschüler war, in seiner Studienzeit der KPÖ zu. Nach dem Zweiten Weltkrieg wechselte Broda zur SPÖ und wurde ein erfolgreicher Rechtsanwalt sowie BSA-Funktionär. „Dort wurde er nicht zuletzt von Bruno Kreisky unterstützt, der Brodas juristische Qualifikation, aber auch seine starke politische Prägung erkannte“, so der Historiker Oliver Rathkolb. 1960 wurde Broda

Justizminister im dritten Kabinett von Julius Raab. Im selben Regierungsteam befand sich auch Bruno Kreisky, seit 1959 Außenminister. Beide blieben bis 1966 Regierungsmitglieder und waren, wie schon davor, auch während der SPÖ-Opposition Abgeordnete zum Nationalrat. Eines der größten politischen Ziele Brodas wurde in dieser Zeit umgesetzt, und zwar die Aufhebung der Todesstrafe 1968.

Maßstäbe in der Justizpolitik gesetzt“, konstatiert Bundespräsident Heinz Fischer, promovierter Jurist, der in der Ära Kreisky Nationalratsabgeordneter und 1975 bis 1983 SPÖ-Klubobmann war.

Die Verbesserung der Rechtsstellung unehelicher Kinder (1970) wurde von Broda in der SPÖ-Alleinregierung ebenso umgesetzt wie die Gleichstellung von Mann

und Frau im bürgerlichen Recht (1975), das Unterhaltsvorschussgesetz (1976), die Neuordnung des Kindschaftsrechts (1977) – wodurch Vater und Mutter gleiche Rechte und Pflichten gegenüber ihren Kindern erhielten, und die Einführung der einvernehmlichen Scheidung (1978). Auch wurde seit 1978 im Falle der Scheidung eine Teilung des in der Ehe erworbenen Vermögens vorgenommen. Davorgalt die Rechtsvermutung, dass das während der Ehe erworbene Vermögen „vom Manne“ stammt.

Ein wegweisendes Strafrecht

Christian Broda setzte auf Überzeugungsarbeit – in der eigenen Partei und über die Parteigrenzen hinweg. Er baute einen Kreis von hochqualifizierten und anerkannten Wissenschaftlern und Juristen auf, der sowohl in der Strafrechtskommission als auch in der öffentlichen Diskussion meinungsbildend war. Das war der Schlüssel zum Erfolg. Die „Kleine Strafrechtsreform“ brachte eine Entkriminalisierung der Homosexualität unter Erwachsenen, der Ehestörung und der Amtsehrnbeleidigung. Die „Große Strafrechtsreform“ brachte ein neues Strafgesetzbuch (StGB). Aufgrund der darin vorgesehenen Fristenlösung konnte dieses erst 1975, nach einem Beharrungsbeschluss des Nationalrats, in Kraft treten.

Bekannt wurde Broda nicht zuletzt durch seine Utopie einer gefängnislosen Gesellschaft, die er in die Diskussion um das Parteiprogramm 1978 einbrachte. Diese Debatte, die bis heute geführt wird, hat viel dazu beigetragen, den Strafvollzug human zu gestalten und Menschen, die auf die schiefe Bahn gelangt sind, eine zweite Chance zu geben.

Der große österreichische Rechtsreformer und Humanist Christian Broda verstarb am 1. Februar 1987. ♦

IM NÄCHSTEN HEFT

Die Bildungsreformen der 70-er Jahre

Frauen

Dienstmädchen-Emigration

Traude Bollauff beschreibt in ihrem neuen Buch die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England.

Das Buch beginnt mit einer Rekapitulation der sozialen und rechtlichen Situation der Hausgehilfinnen in der Ersten Republik und in der Weimarer Republik. Bollauff zeigt auf, dass bereits seit den 1920er Jahren britische Arbeitgeber, um den chronischen Mangel an Dienstmädchen zu kompensieren, auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen waren. Das Buch beschreibt in weiterer Folge die Entstehung der Fluchtbewegung jüdischer Frauen in der Zeit des NS-Regimes, sowie

die Erfahrungen, die diese Frauen in britischen Haushalten vor und nach Beginn des Zweiten Weltkrieges gemacht haben. Die Autorin befasst sich zudem mit dem Alltagsleben der englischen Familien in den 1930er und 40er Jahren. Aber auch die dunklen Seiten wie sexuelle Übergriffe der Dienstherrn werden thematisiert. Traude Bollauff wurde für ihre engagierten Recherchen zu diesem Thema mit dem Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2010 ausgezeichnet. ♦

Geschichte

Bruno Kreisky in Ost-Berlin 1987

Kreisky war der erste westliche Regierungschef, der die DDR besuchte. In diesem Buch wird dieser wichtige Staatsbesuch erstmals wissenschaftlich aufgearbeitet.

Bruno Kreisky gehörte zu den bedeutendsten Politikern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der Besuch der DDR in der Zeit vom 30. März bis zum 1. April 1987 hatte große Bedeutung für seine Politik der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa. Durch den Besuch eines hochangesehenen sozialdemokratischen Politikers, gelang der DDR eine Aufwertung des Ansehens ihres Staates. In dem vorliegenden Buch werden Vorbereitung, Ablauf und

Ergebnisse der Visite aus unterschiedlichen Akteursperspektiven analysiert. Komplettiert werden die Ausführungen durch Gespräche mit Zeitzeugen und Zeitungsberichte. Das gemeinsame Werk des ehemaligen Botschafters Friedrich Bauer und des Politologen Enrico Seewald stellt einen wichtigen Beitrag zur Erforschung von Kreiskys politischer Biographie dar und beleuchtet auch einen zentralen Aspekt der Außenpolitik der DDR. ♦

Politik

Land der Diebe

Dieses Buch von Kurt Kuch ist eine Anklage! Es wird der Frage nachgegangen, warum Korruption in Österreich so halbherzig bekämpft wird.

Kurt Kuch nennt in seinem Buch Parteien, Politiker, Organisationen und Institutionen beim Namen, die überwiegend zum schlechten Abschneiden Österreichs im internationalen Korruptionsranking beigetragen haben. Er geht der Frage nach, warum Polizei und Staatsanwaltschaft in Österreich so personalschwach, abhängig und stark politisiert sind und warum es noch kein konkretes Anti-Korruptionsprogramm der Regierung gibt. Ein großes Pro-

blem hierbei ist laut Kuch, dass die Grenzen zwischen Lobbying und Korruption immer mehr verschwimmen. Anhand der Schilderung von einzelnen Fällen wie dem Eurofighter-Kaufvertrag, der Akte Hypo Alpe Adria oder den Machenschaften rund um Grasser, Meischberger und Co, an deren Aufklärung der Enthüllungsjournalist Kurt Kuch selbst maßgeblich beteiligt war, wird dieses ganze Korruptionssystem veranschaulicht. ♦

☐ Stk.


Traude Bollauff:

Dienstmädchen-Emigration.

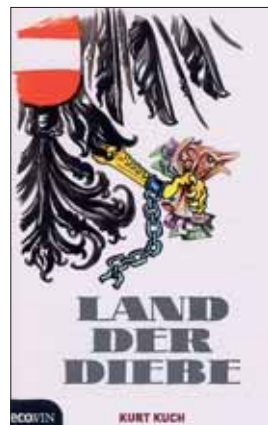
 LIT Verlag, Wien 2011;
354 S., 35,90 €

☐ Stk.


F. Bauer, E. Seewald:

Bruno Kreisky in Ost-Berlin 1987 – Ein Besuch der besonderen Art.

 Studienverlag, Innsbruck 2011;
126 S., 19,90 €

☐ Stk.


Kurt Kuch:

Land der Diebe.

 Ecowin Verlag, Salzburg 2011;
238 S., 22,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

 In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

 Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

ZIL bestellen

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



FRAUEN

Starkes Zeichen für Solidarität



Anlässlich des ersten Frauen-Marsches in Wien vor genau 100 Jah-

ren fanden sich über 5.000 Menschen auf der Wiener Ringstraße ein, um für die Umsetzung der Frauenrechte zu demonstrieren.

Die von der überparteilichen Plattform „20000frauen“ organisierte Demonstration führte vom Schwarzenbergplatz über die Wiener Ringstraße bis zum Parlament, vor dem sich bei der Schlusskundgebung

über 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammelten. „100 Jahre Frauentag, 100 Jahre Kampf, 100 Jahre kleinere und größere Schritte für uns Frauen. Aber dieser Weg ist noch nicht zu



Unter dem Motto „AUS - Aktion Umsetzung. Sofort“ setzten 5.000 Menschen ein beeindruckendes und lautes Zeichen für die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern.

Ende“, betonte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Im Mittelpunkt des Kampfes steht für die Frauenministerin

Gabriele Heinisch-Hosek die Kulturinitiative „Femous“. Die Initiative „Femous – platform for famous female



Die erste Veranstaltung aus der Reihe „Femous“ stand ganz im Zeichen der Sichtbarmachung von weiblicher Musik.

culture“ organisiert anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Internationalen Frauentags im Laufe des Jahres 100 Veranstaltungen. Ziel dabei: die Förderung weiblicher Kultur. ♦

STEIERMARK

Die Partei im Sinne Kreiskys öffnen



Die steirische SPÖ wird einen Reformprozess in Gang setzen: Parteistrukturen werden geöffnet und die Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung eines neuen Parteistatuts eingebunden.

Landeshauptmann Franz Voves und Landesgeschäftsführer Toni Vukan wollen die steirische SPÖ im Sinne Bruno Kreiskys öffnen. Denn für Landeshauptmann Voves ist klar: „Politische Parteien haben sich immer wieder den Veränderungen der gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen, nur dann werden sie angenommen.“ Nach einem Jahr mit zahlreichen offenen Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern und dem Sammeln von Ideen sollen die daraus gewonnenen Erkenntnisse in ein neues Parteistatut einfließen, das dann im Jahr 2012 auf dem Landesparteitag beschlossen wird. Auftakt zu diesem Reformprozess bildete die gut besuchte Diskussionsver-

anstaltung „SPÖ NEU“ im Grazer Cineplexx-Kino.

Den Weg gemeinsam gehen

Anlässlich des Bruno-Kreisky-Jubiläumsjahres begibt sich die SPÖ-Steiermark auf die Spuren des bedeutenden Politikers, legendären Bundeskanzlers und großen Reformers und lud die Steirer dazu ein „ein Stück des Weges gemeinsam“ zu gehen. Bei der Auftaktveranstaltung diskutierte Landesgeschäftsführer Toni Vukan, mit dem bekannten Politikberater und Kommunikationswissenschaftler Thomas Hofer, dem österreichischen OECD-Vertreter und Autor der neuesten Kreisky-Biografie Wolfgang Petritsch sowie mit Anita Weinkogl, Bürgermeisterin von St. Peter/Freienstein und Max Lercher, dem jün-



Mit offenen Diskussionsveranstaltungen in allen Bezirken will Landeshauptmann Franz Voves die Steirerinnen und Steirer in den Reformprozess der SPÖ einbinden.

sten Landtagsabgeordneten und SJ-Landesvorsitzenden über den Ist-Zustand der Partei. „Nur mit einem permanenten Diskussionsprozess kann sich die SPÖ Steiermark fit für die Anforderungen einer veränderten Zeit machen“, so Vukan. ♦

RENNER-INSTITUT

Preisverleihung für das politische Buch 2010



Jury-Vorsitzender Hannes Swoboda überreichte den Bruno-Kreisky-Preis für das publizistische Gesamtwerk an Hans Mommsen. Anerkennungspreise gingen an Traude Bollauf und Gregor Mayer/Bernhard Odehnal.

Der Jury-Vorsitzende, EU-Abgeordneter Hannes Swoboda, verlieh am Montagabend im Prunksaal der Österreichischen Nationalbibliothek den Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2010 an den deutschen Historiker Hans Mommsen. Der Preis wird seit 1993 von der Bildungsorganisation der SPÖ und dem Dr.-Karl-Renner-Institut im Gedenken an Bruno Kreisky verliehen. Swoboda würdigte in seiner Laudatio auf den Autor dessen herausragendes Gesamtwerk, das vor allem für die deutsche Geschichte zwischen 1918 und 1945 bedeutende Erkenntnisse brachte. Zudem gilt Mommsen als profunder Kenner der Sozialdemokratie und der österreichischen Zeitgeschichte, was er in zahlreichen Aufsätzen unter Beweis stellte. Swoboda betonte, wie wichtig es sei, sich mit der Geschichte zu beschäftigen und daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Mit einem aktuellen Phänomen, nämlich dem wiedererstarkten Rechtsextremismus haben sich Gregor Mayer und Bernhard Odehnal in ihrem Buch „Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa“ auseinandergesetzt. Der zweite Anerkennungspreis ging an Traude Bollauf, die sich mit der Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland um 1938/39 nach England auseinandersetzte (siehe Buchbesprechungen S.11). ♦



Knie

Jury-Vorsitzender Hannes Swoboda mit den Kreisky-Preisträgern.

NIEDERÖSTERREICH

Mehr Frauen in die Politik



Die Frauenakademie der SPÖ Niederösterreich bietet interessierten Frauen die Möglichkeit, die Grundzüge politischer Arbeit zu erlernen.

Die Frauenakademie der SPÖ NÖ startete im Herbst 2010. 24 Frauen aus allen Bezirken Niederösterreichs haben daran teilgenommen und den Lehrgang erfolgreich abgeschlossen. „Ich bin mir sicher, dass die Frauen mit ihrem Know-how ihre politische Tätigkeit kompetent erledigen bzw. einen erfolgreichen Start in der Politik haben werden. Den Frauen bietet sich die Möglichkeit, sich verstärkt untereinander zu vernetzen“, erklärt die Vorsitzende der SPÖ NÖ Frauen, NR-Abgeordnete Gabriele Binder-Maier zum Abschluss des ersten Lehrganges. Landesfrauengeschäftsführerin Annemarie Mitterlehner, die als Lehrgangsleiterin fungiert, hat bereits den zweiten Lehrgang vorbereitet. Die Teilnehmerinnen werden im Frühsommer zu einem Hearing eingeladen. ♦



Käfer

v.l. Bundesfrauen-GF Mautz, NR-Abg. Binder-Maier, BM Heinisch-Hosek, NÖ LH-Stv. Leitner, NÖ Landesfrauen-GF Mitterlehner mit Absolventinnen des Lehrgangs.

WIEN

Es geht um die Zukunft der Lehrlinge



SPÖ-Wien Lehrlingssprecher Peschek und Rapper Massimo Schena setzen sich für einen Wiener Konsens ein.

Ziel der Kampagne „Mission Lehrlingspower! Ganz Wien für die neue Berufsschule“ ist es, einen politischen Konsens aller Wiener Parteien über den Neubau der Berufsschule für Verwaltungsberufe in der Embelgasse zu erzielen. Der Neubau soll einen Aufbruch in der Lehrlingspolitik symbolisieren. Denn nur in einer top-modernen Schule kann eine qualitativ hochwertigere Ausbildung ermöglicht werden. Diese stellt wiederum die Basis für qualifizierte Fachkräfte dar. An dieser Stelle zeigt SPÖ-Wien Lehrlings- und Jugendsprecher LABg. Christoph Peschek völlig-es Unverständnis für die Blockadepolitik der Wiener ÖVP: „Gerade in der Frage der Verbesserung der Lehrausbildung müssen doch alle Wiener Parteien an einem Strang ziehen!“ ♦



SPÖ Wien

Peko Baxant, Massimo Schena und Christoph Peschek kämpfen für die Zukunft von Lehrlingen.

QUERGESCHRIEBEN

Reflexive Koedukation statt Monoedukation

Was tun zur Vermeidung von Geschlechtsstereotypen?

„Offensichtlich sind die Bewertungsgrundlagen bei Mädchen und Knaben unterschiedlich.“

Mädchen bzw. Frauen werden häufig als Gewinnerinnen der Bildungsexpansion bezeichnet: Der Frauenanteil hat auf praktisch allen Ebenen des höheren Bildungsniveaus zugenommen; deutlich mehr Knaben als Mädchen haben keinen erfolgreichen Schulabschluss. Dennoch gibt es – wie zahlreiche Studien zeigen – Benachteiligungen für beide Geschlechter, die sich in nicht genutzten Chancen respektive Benachteiligungen in der Bildungs- und Berufskarriere niederschlagen. Unstrittig ist dabei die zentrale Rolle von Geschlechtsstereotypen, die nach wie vor (vorwiegend nicht intendiert) das Handeln von Erziehungspersonen bestimmen und zu negativen Kreisprozessen führen (Knaben und Mädchen verhalten sich entsprechend). So gehen Lehrpersonen (aber auch bereits Lehramtsstudierende) davon aus, dass Knaben begabter in Mathematik und Naturwissenschaften sind, während von Mädchen mehr Fleiß und ein angepassteres Verhalten erwartet werden. Entsprechend dieser Annahmen werden Knaben in Naturwissen-



Bei kleinen Buben und Mädchen sind noch kaum Unterschiede beim Interesse an Mathematik und Naturwissenschaften zu beobachten – das ändert sich im Laufe der Schulkarriere.

schaften deutlich häufiger drangenommen als Mädchen und explizit zu Experimenten aufgefordert. Mädchen werden mehr für Fleiß, Knaben mehr für Leistung gelobt. Verständlicherweise ergibt sich daraus ein negativer Kreislauf für Mädchen: Während bei kleinen Kindern (Kindergarten, Beginn der Grundschule) kaum Geschlechtsunterschiede im Interesse und der Motivation für Mathematik und Naturwissenschaften zu beobachten sind, ist das mathematische Selbstkonzept der Mädchen am Ende der

Grundschule niedriger als das von Knaben. Studienbefunde zeigen, dass die besseren Schulnoten der Mädchen nicht unbedingt mit entsprechenden Unterschieden in objektiven Leistungstests korrespondieren. Offensichtlich sind die Bewertungsgrundlagen bei Mädchen und Knaben unterschiedlich. Einen sichtbaren Niederschlag findet diese Entwicklung im „Gender-Gap“ bei den Aufnahmeverfahren für das Medizinstudium in Österreich. Als „Lösungen“ werden in Wissenschaft und Öffentlichkeit häufig Monoedukation bzw. mehr männliche Lehrpersonen diskutiert. Die empirischen Befunde zu beiden Alternativen sind jedoch sehr widersprüchlich. Vorgeschlagen wird daher eine „reflexive Koedukation“, die zum Ziel hat, dass Mädchen und Knaben sich aller ihrer Potentiale und Kompetenzen bewusst werden und keine Einschränkungen durch Geschlechtsstereotype entstehen. Die Elemente einer reflexiven Koedukation sollten verpflichtende Bestandteile der Aus- respektive Fortbildung von Lehrpersonen sein. ♦

Christiane Spiel ist Dekanin der Fakultät für Psychologie an der Universität Wien und Leiterin des Arbeitsbereichs „Bildungspsychologie & Evaluation“. Der vorliegende Artikel basiert auf den Forschungen, die gemeinsam mit Barbara Schober und Monika Finsterwald durchgeführt wurden.

Zukunftsdiskurs Bildung

Der Auftakt zum „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurs Bildung in der Steiermark war ein voller Erfolg. Mehr dazu unter **www.oe2020.at**.

2010 startete Bildungsministerin Claudia Schmied im Rahmen der Initiative „Österreich 2020“ gemeinsam mit dem Renner-Institut öffentliche Diskussionen (Bildungstalks), die von jeweils bis zu 300 Menschen besucht wurden und ein breites, auch mediales, Echo fanden. Heuer

wird Schmied bei den „Österreich 2020“-Zukunftsdiskursen Bildung wieder mit Expertinnen und Experten mit einer interessierten Öffentlichkeit in einen intensiven Austausch über die Zukunft der Schule treten. Auftakt war am 23. März in Bruck/Mur. Weitere Termine finden im

Mai in Bregenz, Innsbruck und Salzburg statt. Inputs aus Veranstaltungen und Online-Foren werden in den laufenden Prozess eingebracht. Auf www.oe2020.at werden Veranstaltungen dokumentiert, Beiträge veröffentlicht und Zwischenergebnisse präsentiert. ♦

TERMINKALENDER

Montag, 28. 3.

„Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus“

Ein vergessenes Kapitel österreichischer Zeitgeschichte wird hier im Rahmen der Buchpräsentation mit anschließender Podiumsdiskussion neu erschlossen und diskutiert. Behandelt werden die Jahre von 1973 bis 1985 während derer sich Österreich im Fadenkreuz des internationalen Nahostterrorismus befand. Es diskutieren: Der Autor des Buches Thomas Riegler, Gudrun Harrer (Der Standard), Erwin Lanc (Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten a.D.) und Oliver Rathkolb (Institut für Zeitgeschichte). Anmeldung: (01) 318 82 60-20 oder

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Montag, 28. 3.

Vernissage: „Zeichnung und Fotografie II“

In der jährlichen Sonderausstellung, die in verschiedenen Räumlichkeiten des Parlamentsgebäudes gezeigt wird, präsentiert ab Montag Stella Rolling (Direktorin Lentos Kunstmuseum Linz) den zweiten Teil der von ihr kuratierten Ausstellung. Sieben Positionen zeitgenössischer Zeichnung und Fotografie werden dabei vorgestellt. Nach der Begrüßung durch NR-Präsidentin Barbara Prammer besteht die Möglichkeit, die Ausstellung im Zuge einer Führung zu besichtigen. Anmeldung:

veranstaltungen02@parlament.gv.at

Beginn: 18 Uhr

Lokal VIII des Parlaments

Dr. Karl Renner-Ring 3, 1010 Wien

Dienstag, 29. 3.

Filmpräsentation: „Südtirol ist eine Herzensangelegenheit“

Erstmals wurde Südtirols wechselvolle Geschichte im 20. Jahrhundert in einer Filmdokumentation zusammengefasst. Gezeigt werden Originalbilder und Filmausschnitte aus den wichtigsten geschichtlichen Perioden. Zahlreiche ZeitzeugInnen erzählen ihre Geschichte der Entwicklung Südtirols und kommentieren das Werden des Kronlandes Tirol zur Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino.

Anmeldung:

veranstaltungen02@parlament.gv.at

Beginn: 17.30 Uhr

**Abgeordneten-Sprechzimmer
des Parlaments**

Dr. Karl Renner-Ring 3,
1010 Wien

Dienstag, 29. 3.

Filmvorführung: „Jobcenter“

Der Film „Jobcenter“ von Angela Summender erzählt von Menschen, die ihren Job verloren haben, wie Helmut oder Sieglinde, die mit über 50 am Arbeitsmarkt als unattraktiv und unvermittelbar gelten und von solchen, die am Anfang ihres Arbeitslebens stehen und versuchen, einen Einstieg zu finden. Nach der Filmvorführung findet eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Was heißt es eigentlich, keine Arbeit zu haben?“ statt.

Beginn: 18 Uhr

BSA Generalsekretariat

Landesgerichtsstraße 16, 3. Stock,
1010 Wien

Donnerstag, 31. 3.

Vortrag: „Gibt es eine politische Theologie der Demokratie?“

Der Vortragende Philip Manow ist seit Oktober 2010 Professor der Universität Bremen und Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung am Zentrum für Sozialpolitik. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der politischen Ökonomie, dem Wohlfahrtsstaatsvergleich, dem politischen System der Bundesrepublik, der Demokratietheorie und der Europäischen Integration. Die anschließende Diskussion wird von Isolde Charim moderiert. Anmeldung:

(01) 318 82 60-20 oder

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Beginn: 19 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15

1190 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Michael Sifkovits,

Mag^a Sophia Schönecker, Matthias Schulz,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg

Layout: Thomas Lehmann

Coverfoto: Reuters

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.gegen-atomkraft.at

Gemeinsam gegen Atomkraft!

In ganz Europa verspürt die Anti-Atom-Bewegung wieder Rückenwind:

Die Nuklearkatastrophe von Fukushima hat einmal mehr gezeigt, dass die Nutzung von Kernenergie mit erheblichen Gefahren verbunden ist. Die von der Atomlobby gebetsmühlenhaft dargebrachte Mär von der „sicheren“ Form der Energiegewinnung hat sich erneut als Lüge herausgestellt. Auf po-

litischer Ebene hat Bundeskanzler Werner Faymann gemeinsam mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel eine europäische Initiative für einen europaweiten Atomausstieg ins Leben gerufen. Auch im Internet formieren sich die Proteste – neben diversen Gruppen auf Facebook kann man sich auch auf www.gegen-atomkraft.at in eine Online-Petition eintragen. ♦





In guter Nachbarschaft

Beim Besuch des tschechischen Premierministers Petr Necas im Bundeskanzleramt unterstrich Bundeskanzler Werner Faymann seine Position für ein atomfreies Europa. Bezüglich des Ausbaus des tschechischen Atomkraftwerks Temelin setzt Faymann auf Dialog, der „in einer guten Nachbarschaft möglich sein muss“.

„Helm auf, gut drauf“

So lautet das Motto der Bewusstseinskampagne unter der Schirmherrschaft von Verkehrsministerin Doris Bures (Mitte) und dem österreichischen Radrennfahrer Bernhard Eisel (ganz links). Initiatoren der Kampagne sind Franz Meingast, Wüstenrot-Vorstandsdirektor (2.v.l.), und Peter Stuppacher, ARBÖ-Generalsekretär (rechts).



Ein Leiberl für den Förderer

Eine Million Euro wird der Bund zum Nationalen Zentrum für Frauenfußball in St. Pölten beisteuern, das den Frauenfußball in Österreich weiter professionalisieren wird. Leo Windtner, Präsident des Österreichischen Fußballbundes, bedankte sich bei Sport-Minister Norbert Darabos für die Unterstützung mit einem persönlichen Fußball-Trikot.

Soziales Know-how aus Österreich

„Österreich ist für China ein Beispiel, wie man die Arbeits- und Sozialpolitik menschengerecht und nachhaltig gestaltet“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer zu seiner China-Reise, bei der neben Gesprächen über österreichisches Know-how auch der Besuch von Sozialeinrichtungen, – hier ein SOS Kinderdorf – auf dem Programm stand.

